

Neue Eischler Zeitung

Zeitschrift für die Interessen des Eischlergewerbes.

Organ sämtlicher freien Vereine der Eischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen, sowie der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Eischler u. (E. S.)

Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimsbüttel, Bismarckstraße.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis 1 Mk. pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Post-Nummer: 4117.

Herausgeber: W. Gramm, Hamburg. Verantwortlicher Redakteur: Ad. Müller, Hamburg. Inserate werden in der Expedition dieser Zeitung und bei E. Jensen & Co. in Hamburg, Raboisen 87 I., angenommen.

Inserate für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholungen Rabatt, für Stellenvermittlung 10 Pf. per Petitzeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Unsere heutige Beilage

enthält sechs Stück Stühle in den verschiedensten Formen, mit Polster- und Rohrstoß zum Gebrauch im Herren- und Speisezimmer. Wir hoffen, mit dieser Zeichnung den Wünschen vieler Abonnenten entgegengekommen zu sein, denen es darum zu thun ist, Zeichnungen von guten Stühlen zu besitzen. Nicht nur der Stuhlmacher, auch ein jeder Eischler wird dieselben gut gebrauchen können.

Die Redaktion.

Der Arbeiterschutz im Reichstage.

Kein „Schauspiel für Götter“ kann die letzte Arbeiterschutzdebatte im Reichstage genannt werden; sie erscheint mehr wie ein Trauerspiel, ein Trauerspiel, das den ganzen Jammer und die ganze Gebrechlichkeit unseres heutigen Parlamentarismus bis zum Erbarmen bloßstellte. Mit einer Einmütigkeit, wie sie im deutschen Reichstage zu den allergrößten Seltenheiten gehört, wurde am vorletzten Montag bei Verathung der vom Centrum und der Reichspartei eingebrachten Anträge auf Verbot der Sonntags- und Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit von allen Seiten, vom „König Stumm“ wie dem Sozialdemokraten Meister, dem national-liberalen Duvigneau wie dem Elässer Winter, dem freisinnigen Schrader wie dem Antisemiten Stöder, von Abgeordneten des Centrum, der Konservativen, Polen, kurz von allen Parteien des Reichstages wurde die Nothwendigkeit einer weiteren Ausdehnung des Arbeiterschutzes, d. h. der Schaffung eines wirklichen Arbeiterschutzes anerkannt. Bezüglich des Verbotes der Sonntagsarbeit herrschte vollste Uebereinstimmung. Nicht eine einzige Stimme wurde laut, welche der vom Reichskanzler früher immer vorgetragenen Meinung beigepröchtete, daß ein Verbot der Sonntagsarbeit die Arbeiter schädige und von diesem selbst nicht gewünscht werde. Eine solche Behauptung jetzt zu machen, wäre allerdings auch eine heikle Sache Angesichts der auch jetzt im Reichstage mit zur Sprache gebrachten Thatsache, daß bei der vor einigen Jahren von der Reichsregierung in Sachen der Sonntagsruhe veranstalteten Enquete drei Viertel der Arbeiter und zwei Drittel der Arbeitgeber, welche dieserhalb befragt wurden, sich für ein Verbot der Sonntagsarbeit ausgesprochen haben. Ob Fürst Bismarck durch diese Thatsache von seiner oben erwähnten Ansicht über ein solches Verbot abgebracht worden oder noch immer daran festhält, vielleicht in dem Glauben, er wisse besser, was den Arbeitern nützlich, als diese

selbst, läßt sich nicht bestimmt sagen, da er sich bei dieser Verathung weder selbst geäußert, noch durch einen anderen Regierungsvertreter hat äußern lassen, wie er jetzt über die Sonntagsruhe denkt. Aber gerade dieser letztere Umstand, das Fehlen der Regierungsvertreter bei dieser doch so wichtigen Verathung, läßt annehmen, daß bei der Reichsregierung, d. i. dem Reichskanzler, noch kein Wandel in ihren Anschauungen bezüglich der Sonntagsarbeit, bezw. Ruhe, stattgefunden hat. Es ist das in hohem Maße bedauerlich, doppelt bedauerlich.

Einmal, weil dadurch dem Arbeiter per ihm so nöthige wöchentliche Ruhetag (für die Nothwendigkeit desselben hier noch ein Wort zu verlieren, hieße Wasser in's Meer tragen), wenn auch nicht direkt durch die Regierung, vorenthalten wird, so doch die Arbeitgeber in dieser Vorenthaltung bestärkt werden.

Und dann ist dieses starre Festhalten der Regierung an ihrer dem einstimmig kundgegebenen Wünschen des Reichstages entgegengesetzten Ansicht in hohem Maße geeignet, das Ansehen des Reichstages in den Augen des Volkes herabzusetzen. Nicht einmal, nein, schon zu verschiedenen Malen hat der Reichstag ein Verbot der Sonntagsarbeit gefordert. Aber noch alle dieserhalb gefaßten Beschlüsse sind in den Papierkorb des Bundesrathes gewandert, welches Schicksal, aller Vermuthung nach, auch der jetzigen bezüglichen Kundgebung des Reichstages zu Theil werden wird. Und das, trotzdem der Bundesrath hierfür jetzt weniger denn je stichhaltige Gründe in's Feld führen kann. Daß die Arbeiter die Sonntagsruhe selbst nicht wollten, kann nach dem eben mitgetheilten Resultat der Enquete ebensowenig noch behauptet werden, als daß die deutsche Industrie dadurch für den Weltmarkt konkurrenzunfähig würde. Früher ist diese Behauptung allerdings oft und nicht bloß vom Fürsten Bismarck gemacht worden. Doch schon seit ein paar Jahren hat von den zahlreichen Vertretern der Großindustrie, die im Reichstage sitzen, kein Einziger das mehr gethan. Ja, bei der diesmaligen bezüglichen Debatte ist sogar von einzelnen derselben ausdrücklich konstatiert worden, daß durch ein Verbot der Sonntagsarbeit unsere Industrie dem Ausland gegenüber nicht konkurrenzunfähig werde. Eine Ansicht, die wir allerdings schon immer gehabt. Auch sonst kann die Regierung für ihre Weigerung keinen plausiblen Grund nennen. Das Bismarck'sche Argument, daß man den Arbeiter um ein Siebentel seines Einkommens bringe, wenn man die Sonntagsarbeit verbiete, ist schon so oft als grundfalsch

klargelegt worden, daß es auch überflüssig ist, hier nochmals darauf einzugehen. Auch der Hinweis auf die Industrien, deren Natur einen ununterbrochenen Betrieb erfordern, ist belanglos. Im Reichstage hat Niemand einen puritanischen Sonntag gefordert. Sogar die Ultramontanen nicht einmal. Die Arbeiter natürlich noch viel weniger. Diese fordern die Sonntagsruhe nicht um des Sonntags willen, sondern um des Ruhetags willen. Die Arbeiter, die am Sonntag arbeiten müssen, möge man einen Tag in der Woche feiern lassen.

Also, wie schon gesagt, stichhaltige Gründe gegen das Verbot der Sonntagsarbeit sind früher so wenig wie jetzt von der Regierung vorgebracht worden, einfach, weil keine vorgebracht werden können.

Die Erkenntniß dieser Thatsache war wohl auch die Ursache, daß sich die Regierung an der diesmaligen Debatte nicht nur nicht betheiligte, sondern überhaupt im Reichstage nicht vertreten war. Für die Sonntagsarbeit wußte sie nichts zu sagen, und daß dem so sei, wollte sie nicht sagen. Darum blieb sie der betreffenden Sitzung ganz fern.

Welchen Eindruck dies aber im Volk machen muß, haben wir schon oben gesagt: den denkbar ungünstigsten! Jeder denkende Staatsbürger wird und muß sich fragen: Ja, wozu haben wir denn eigentlich einen Reichstag? Doch nicht bloß zum Steuerbewilligen. Welchen Werth hat eine Volksvertretung, wird er fragen, wenn sie nicht im Stande ist, der Regierung so viel Respekt abzugewinnen und so viel Einfluß auf diese auszuüben, daß sie den wiederholt und einstimmig geäußerten Wünschen der Volksvertretung nachkommt?

Eine solche Volksvertretung wird und muß in den Augen des Volkes verlieren. Der Wähler wird in Zweifel gerathen, ob es sich lohnt, überhaupt noch zu wählen.

Die Herren Anarchisten werden natürlich schnell bei der Hand sein und wieder sagen, die Regierung verfolge mit ihren beharrlichen Weigerungen, in Sachen des Arbeiterschutzes den Wünschen des Reichstages nachzukommen, gerade den Zweck, letzteren beim Volk zu diskreditiren, und aus diesem Grunde sei das ganze Wählen nutzlos.

Abgesehen davon, daß wir das Wählen auch dann noch nicht für nutzlos halten würden, wenn die Anarchisten Recht hätten hinsichtlich der Absichten, die sie der Regierung unterschieben, müssen wir doch sagen, daß wir auch nicht an diese Absichten glauben. Allerdings sind wir aber

auch nicht in der Lage, anzugeben, welche Motive die Reichsregierung zu diesem ihrem Verhalten bestimmen. Welche Motive es aber auch sein mögen, bedauerlich bleibt dies Verhalten auf alle Fälle, weil beide, Regierung wie Volk, davon Nachtheil haben, das letztere natürlich den meisten.

Ein künstlerischer Herrensabbath,

wie er toller wohl noch nie dagewesen, hat am 23. November in Berlin stattgefunden. Der örtliche Innungsausschuss hielt seine Herbst-Delegirtenversammlung ab und handelte es sich dabei um Ergreifung von Maßregeln gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Daß die Kunstbrüder Gegner dieses Rechts sind, ist ja allgemein bekannt, mit einer solchen wahrhaft janatscher Wuth, wie auf dieser Delegirtenversammlung haben sie aber noch nicht dagegen geeifert. Die „Volks-Zig“ berichtet darüber folgendes:

Obermeister Brandes leitete diese Besprechung mit einem Hinweis auf die von dem Streikomitee der Bildhauer-Gehülfen erfolgte „Sperrte“ selbst solcher Werkstätten ein, welche die Forderung der Gehülfen in allen Punkten bewilligt hatten. Wenn die herrschenden und bestimmenden Verhältnisse in irgend einem Handwerk es nicht gleich gestatten, alle Wünsche der Arbeiter zu befriedigen, so berechtigt dieser Umstand die Arbeiter doch nicht, Berufserklärungen (Wohlfürs) gegen Gastwirthe, Fabrikanten, Handwerker zu verhängen. Dagegen mußten sich die Handwerker, ob einer Innung angehörend oder nicht, zur Wehre setzen. Der Innungstag wünschte deshalb eine Deklaration des Koalitionsgesetzes, nicht um die Koalitionsfreiheit aufzuheben, die ja auch den Fabrikanten zu Gute komme, sondern nur, um den unberechtigten und übermäßigen Angriffen auf das Eigentum Anderer ein Ziel zu setzen. Was solle wohl aus dem gesammten Staatsleben werden, wenn dieses System weiter um sich greife? Man müsse an die Gesetzgebung herantreten, um eine Aenderung herbeizuführen. Er wünsche deshalb, daß auch der Innungsausschuss von Berlin, als die Vertretung sämmtlicher hiesiger Innungen, sich der Petition anschließen möge.

Als sodann ein Meister Worsichall die Arbeiter in Schutz nahm und erklärte, man möge dem Arbeiter geben, was ihm zuzufomme, dann werde er nicht streiken, wurde er niedergebrüllt.

Obermeister Wegener will dem Arbeiter „sein Recht“ geben, aber die Geiellen seien „unverjährt“.

Meister Worsichall spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß es nicht besser werden wird, bevor nicht die Juden aus dem Reichstag raus- und Handwerksmeister dafür hineingelassen worden sind.

Obermeister Schumann erzählt die schauerliche Mär, daß die Sozialdemokraten zum 1. Mai 1890 einen allgemeinen Streik in Deutschland anzustellen wollen (!!). Die Großindustriellen lassen deshalb schon mit Ueberstunden arbeiten, um bei Eintritt des Streiks genügend Waaren auf den Markt werfen zu können. Auch in Oesterreich wipelt die Großindustrie darauf. Was soll dann aus den Geiellen, was aus den kleinen Handwerksmeistern werden? Es ist deshalb Zeit, auf Abhilfe zu drängen. Die Hauptfrage bleibe, überall „Handwerker-Vereine“ zu bilden, um endlich im Krisenlage eine angemessene Vertretung zu finden.

Obermeister Wegener und Meister Liefeldt sind für eine Bekämpfung des Streiks mit den gleichen Mitteln, nämlich einem Anschluß der Arbeiter auf 4-6 Wochen. Man müsse die Streik-Brüder gründlich anschuldigen, das würde dieselben hütten. Die Arbeiter würden ja dann einmal die Kräftige Probe darauf machen können, wer es am längsten aushalten könne (!!).

Obermeister Burg: Die Sozialdemokratie ist es, die den Arbeiter entmenslicht hat. Gehen Sie einmal als Mitglieder der Armenkommission in die Arbeiterfamilien hinein, ob der Mehrerwerb durch Streiks denselben zum Segen gereicht hat. Ein entsetzliches Elend werden Sie finden, nicht den Familien, die vorgezeichnet werden, in der Mehrerwerb zu Gute gekommen. Sie können es vor den bedauernswürdigen Familien selbst hören, daß das Familienerbe zertrütert worden ist, der Mehrerwerb und noch mehr, in anderewärts geblieben. Deshalb wünsche ich die Annahme einer Resolution, durch welche Sie den Vorstand beauftragen, Mittel und Wege anzudeuten zu machen, diesen Anschuldigungen entgegenzutreten.

Meister Worsichall weidet sich hierauf nochmals am Wort, um der Annahme einer solchen Resolution entgegenzutreten. Seiner Ansicht nach sei dieselbe ein Schlag in's Wasser. Nur die Gesetzgebung könne hier eingreifen und dann ist die Frage noch nicht vorüber. Die Innungen hätten vor 20 Jahren Beschäftigungsbedingungen machen sollen. Das thäten sie aber nicht, und auch heute fordern sie noch nicht das Wohl ihrer Lehrlinge und Gehülfen, wie sie es heute thun. Ja wohl! Bedarr: Wenn es Einzelne geben haben, so war es auch nur deswegen, um einen Beschäftigungsbesitz zu bekommen. Diese Aenderung richtet sich von ihren Plätzen und dringen auf den Redner ein, während dieser die „Hut“ - „Gehülfen“ - „Sundt ihn an“ - „Der, ihn hinaus“ die Luft der Arbeiter. Obermeister Brandes schloß die Versammlung mit dem Hinweis an, daß jedesfalls unüberlegte angestrebte Zeit zurückzunehmen. Worsichall

aber erklärte, gleich vor Erregung, dies nicht thun zu können. (Erneuter Ausbruch des Lärmes.) Obermeister Brandes entzog dem Redner nunmehr das Wort, während er die entrüsteten Obermeister in die Schranken des parlamentarischen Anstandes dem Gegner gegenüber verwies. Nachdem die Ruhe wieder hergestellt worden, empfahl Obermeister Brandes, in jeder Innung, wo dies auch in ganz Deutschland geschehen soll, eine genaue Statistik über Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsleistung aufzustellen und baldmöglichst dem Vorstande des Innungsausschusses zu Berlin resp. dem Zentralvorstande des deutschen Innungsverbandes einzureichen. Für Berlin soll dann, etwa im Januar, nochmals eine außerordentliche Delegirten-Versammlung des Innungsausschusses stattfinden, in welcher auf Grund des statistischen Materials endgültig Beschluß gefaßt werden soll.

Nach dieser außerordentlichen Sitzung werden die Herren Meister und Obermeister in dem schönen Bewußtsein, das Handwerk wieder maßtichtig gehoben zu haben, die folgende Nacht wahrscheinlich sehr gut geschlafen haben. Unsere Leser nach Kenntnißnahme obigen Berichtes wahrscheinlich auch.

Bereine und Versammlungen.

Magdeburg. Am Montag, den 11. d. M., fand hier eine öffentliche Tischlerversammlung statt. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde der Bericht über die Sammlungen für die diesjährigen Streiks verlesen; das Resultat derselben ist leider kein günstiges. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hatte Herr S. I. o. m. e. das Referat übernommen. Derselbe führte in seinem zwei-stündigen Vortrage über die moderne Ueberproduktion, deren Grundlagen und Folgen ungefähr folgendes aus: Wenn man im öffentlichen Leben um sich sehe, so erblicke man überall eine Massenansammlung von Gütern, welche auf Käufer warten, die nicht kommen wollen und man darum diese scheinbar überflüssigen Güter mit dem Namen Ueberproduktion bezeichne. Diese Ueberproduktion sei aber nur eine scheinbare, denn wenn man die Verhältnisse in den Arbeiterklassen betrachte, so erhalte man ein ganz anderes Bild. Tausende von Arbeitern, deren Verdienst nicht einmal zum Nothdürftigsten hinreicht, mühten sich gern ein nothwendiges Kleidungsstück oder Hausgeräth anzuschaffen, sind aber wegen Mangel an Mitteln dazu nicht im Stande. Würde nun allen diesen Leuten Gelegenheit geboten, durch ihre Arbeit soviel zu verdienen, daß sie nur in einigermaßen besseren Verhältnissen leben könnten, so würden bald alle Massenansammlungen von Waaren verschwinden. Es kann also von einer Ueberproduktion gar keine Rede sein. Redner führte noch aus, man möge soviel als möglich die Arbeitszeit abzukürzen suchen, es würde zwar hierdurch die soziale Frage nicht gelöst, doch sei es jeder Arbeiter sich und seiner Familie schuldig, daß er sich nicht allzuprüth durch allzu große Anstrengung zum Invaliden mache, denn als solcher würde er auch nur wenig am Konsum der produzierten Waarenmassen theilnehmen können, wenn er die Segnungen der uns in Aussicht gestellten Alters- und Invalidenversicherung zu genießen in die glückliche Lage komme. Hierauf berichtete der Referent über einige Innungen, namentlich über die Hamburger, welche sich immer mit ihren Erfolgen großthue, wogegen die Thatfachen ein ganz anderes Bild lieferten. Auch die hiesige Tischler-Innung behauptet mit dreifacher Stirk in einem Artikel der „Magdeb. Zig“, daß die Arbeitslöhne hier selbst seit dem Jahre 1884 um zwanzig Prozent gestiegen wären, während uns Gehellen davon nichts bekannt ist; man könnte sogar für einige Artikel eine Erniedrigung der Arbeitslöhne nachweisen. Wie in allen Versammlungen, so wurde auch in dieser zum Beitritt in den Verband aufgefordert, leider wird hierin aber wenig Folge geleistet. Zum Schluß erfolgte noch die einstimmige Annahme einer Resolution, in welcher sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt, für Abkürzung der Arbeitszeit zu wirken verpflichtet und die dem Verbands fernstehenden Kollegen auffordert, diesem beizutreten.

Stettin. Eine von ungefähr 400 Personen besuchte öffentliche Tischlerversammlung tagte hier am 23. Novbr. in der Bierbrauerei „Zum Bod“. Referent war Kollege Knappa. Derselbe gab zunächst einen Ueberblick über die Thätigkeit der Lohnkommission. Er betonte dabei, wie allerdings die Lohnarbeit der Affordarbeit vorzuziehen sei, doch wären die hiesigen Tischler bei ihrer schwachen Organisation z. B. nicht im Stande, einen großen Kampf für Abschaffung der Affordarbeit mit Aussicht auf Erfolg zu führen. In der Diskussion sprachen sich noch verschiedene Kollegen in gleichem Sinne aus. Kollege Berkman beantragt, den Meistern folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Einführung einer 10-stündigen Arbeitszeit. 2. Wenn in dringenden Fällen Ueberstunden nöthig, für diese 10 % Zuschlag. 3. Eine 15 bis 20prozentige Erhöhung der bisherigen Löhne. 4. Das Kostgeld muß jeden Sonnabend bis Abends 6 Uhr ausbezahlt sein und wöchentlich mindestens 18 M. betragen. Die Versammlung erklärte sich mit diesen Forderungen einverstanden. Zum Schluß wurde noch aufgefordert, die 20 % wöchentlichen Beitrag recht pünktlich zu bezahlen.

Hofzheim. Da schon längere Zeit verfloßen, seit wir nichts von hier berichtet, und die auswärtigen Kollegen vielleicht glauben, daß hier Alles am Schnürchen geht, helfen wir es für unsere Pflicht, einige Mittheilungen über unsere Organisation am hiesigen Orte in unserem Organ zu machen. Wie wir diesen Sommer schon ein-

mal in einem Artikel in Nr. 29 der „Neuen Tischler-Zeitung“ berichtet haben, waren auch wir hier in eine Lohnbewegung eingetreten, welche auch, Dank dem Zusammenhalten der hiesigen Kollegen, siegreich durchgeführt wurde, indem noch von den zirka 130 hier arbeitenden Kollegen 60 dem Verbands beitraten, so daß die hiesige Zahlstelle bereits 90 Mitglieder zählte. Wir glaubten deshalb uns der Hoffnung hingeben zu dürfen, unsere bewilligten Forderungen aufrecht zu erhalten; wir hatten uns aber gewaltig getäuscht, indem die Mitgliederzahl schon wieder auf 50 gesunken ist und diese es auch nicht der Mühe werth halten, die Versammlungen zu besuchen; nur 10-15 Mann sind in diesen anwesend, ja sogar in einer öffentlichen Versammlung, in welcher Kollege K. I. o. f. aus Stuttgart das Referat übernommen hatte, war nur etwa die Hälfte der Mitglieder anwesend. Es scheint auch hier wie an anderen Orten der Individualismus weiter um sich zu greifen; es wäre sehr wünschenswerth, daß sich die Kollegen nicht wieder der alten Gleichgültigkeit wie früher der Organisation gegenüber hingeben möchten, besonders da die Meister auch nicht auf der Warenaufbewahrung, indem dieselben auch ihre regelmäßigen Versammlungen haben, um über das „Wohl“ ihrer Arbeiter zu berathen. Wahrscheinlich im Interesse dieses Wohles haben sich die Herren Meister erlaubt, sogenannte Entlassungsscheine am hiesigen Orte einzuführen. Was damit bezweckt werden soll, wird den Kollegen schon bekannt sein, da sich die Meister gegenseitig verpflichtet haben, keinen Arbeiter ohne solchen Schein einzustellen. Diese Angelegenheit hat in unseren Versammlungen schon zu heftigen Debatten geführt, weil trotzdem die Kollegen versprochen, Keiner einen solchen Schein annehmen zu wollen, doch zu unserem Bedauern sogar von Verbandsmitgliedern angenommen worden ist. Es ist dies mit Rücksicht auf die der Organisation noch fernstehenden Kollegen ganz besonders bedauerlich. Auch hier muß die Klage erhoben werden, daß sich die Kollegen lieber Vergnügungsvereinen anschließen, als einer Organisation. Besserung ihrer schlechten Lage ist Nebenache.

S. Schönmann.

Saalfeld. Am 17. November tagte hier eine öffentliche Tischlerversammlung mit der Tagesordnung: Zweck und Ziele des Deutschen Tischler-Verbandes. Als Referent war Kollege B. K. ö. r. n. e. r. aus Ludwigshafen a. R. anwesend. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe zu vollstem Zufriedenheit aller Anwesenden. Den Vortrag ausführlich zu geben, ist wohl nicht nöthig und auch nicht angängig, es würde zu viel Raum in Anspruch nehmen. Kollege Körner sprach scharf aber sachlich. Zuerst erläuterte derselbe im Allgemeinen den Nutzen einer guten und starken Organisation für die Arbeiter aller Gewerbe, dabei betonend, welche Hindernisse der gewerkschaftlichen Bewegung und der Schaffung von starken Organisationen im Wege stehen. Hierauf beleuchtete der Redner das heutige Verkehrsweisen sowie die Fortschritte der Technik, besonders in der Tischlerei. In treffender Weise unterzog er das Innungswesen einer Kritik. Wir Saalfelder Tischler haben zwar mit Innungsmeistern nicht viel zu schaffen, diese Ausführungen waren aber doch am Plage, denn die hiesigen Kollegen haben dadurch erfahren, wie vielen der auswärtigen das Leben von solchen Zopfmeistern schwer gemacht wird. Nunmehr kam der Redner auf den Deutschen Tischler-Verband zu sprechen, dabei in erster Linie auf den Rechtsschutz hinweisend, welchen der Verband seinen Mitgliedern gewährt. Sämmtliche anwesenden Kollegen erkannten hierin ein vorzügliches Mittel, ihre Interessen zu wahren. Auch über die Affordarbeit sprach sich Redner aus und empfahl, für die Beseitigung der Affordarbeit einzutreten. Derselbe sei ein wesentlicher Lohnrücker. Ebenso verständlich machte uns der Referent die Vortheile eines geordneten Herbergswesens und Arbeitsnachweises. Auch zu den Streiks nahm Redner Stellung. Derselbe war der Meinung, wie wir Alle, bei Arbeitseinstellungen müsse die Verkürzung der Arbeitszeit an der Spitze der Forderungen der Arbeiter stehen. Selbstverständlich wollen wir uns aber auch einen direkten Lohnabzug nicht gefallen lassen. Hierauf anknüpfend, stellte uns der Redner die gewerkschaftlichen Organisationen von England als Vorbild hin. Mit einer Aufforderung an die antwortenden Kollegen, in den Deutschen Tischler-Verband einzutreten, schloß er seinen mit vielem Beifall aufgenommenen 1 1/2 stündigen Vortrag. Der Aufforderung kamen auch sofort mehrere Kollegen nach. Was unsere lokalen Verhältnisse anbelangt, so müssen wir sagen, daß es viel Mühe kostet, die Zahl der Mitglieder unserer Zahlstelle zu vergrößern. Wir scheuen aber keine Opfer und Mühen, unser begonnenes Werk zu vervollkommen. Hat diese Versammlung uns noch nicht soviel eingebracht, als wir erhofft hatten, so setzen wir auf die Zukunft desto mehr Hoffnung.

Charlottenburg. Der Deutsche Tischler-Verband hielt am 26. v. M. in der Gambrinus-Brauerei eine gut besuchte Verbands-Versammlung ab, wozu auch Nichtmitglieder eingeladen waren. Als erster Punkt stand ein Vortrag des Herrn T. ü. r. k. über die französische Revolution auf der Tagesordnung. In gediegener einständiger Rede legte der Vortragende die äußeren und wirklichen Ursachen jener gewaltigen staatlichen und gesellschaftlichen Umwälzung klar, welche gegen Ende des vorigen Jahrhunderts in Frankreich stattgefunden und die Veranlassung zu mehr oder weniger tiefgreifenden Veränderungen und Neugealtungen auch in anderen Ländern waren. Hierauf, sowie aus den Ausführungen des Redners über den geschichtlichen Zusammenhang jener Umwälzung und der daraus hervorgegangenen neuen sozialen und politischen Einrichtungen mit unseren gegenwärtigen Zuständen werden hoffentlich bei allen Zuhörern

ein lebhaftes Interesse für das Studium der Geschichte erweckt haben. Der lebhafteste Beifall, welchen der Vortrag fand, läßt erwarten, daß alle Anwesenden damit zufrieden waren und es ist darum zu hoffen, daß diese Versammlung dazu beigetragen hat, das Interesse für unsere Organisation zu mehren.

Rundschau.

Ein allgemeiner Streik soll nach Mitteilung verschiedener Blätter in sämtlichen Uhrenfabriken Freiburgs i. Schl. ausgebrochen sein. Die Ursache soll eine für alle Fabriken gemeinschaftlich eingeführte neue Fabrikordnung sein. Direkte Nachricht aus Freiburg ist uns hierüber bis jetzt noch nicht zugegangen.

Dem Innungsrummel hat der Gewerbesverein zu Halle a. S. einen argen Dämpfer aufgesetzt. Derselbe hat sich mit einer Petition an den Reichstag gewandt, damit dieser den zünftlerischen Ansprüchen ferner keine Rechnung mehr trage. Es wird in dieser Petition gesagt, die sogen. Innungsbewegung laufe „lediglich auf Ausbeutung des Publikums und Verfolgung von Sonderinteressen auf Kosten der Gewerkschaftsgenossen hinaus“ und sei somit sittlich verwerflich. Weiter heißt es darin:

„Ein hoher Reichstag wolle sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß allbereits durch Einführung einzelner Bestimmungen des neuen Innungsgesetzes unhaltbare, auf die Dauer unerträgliche Zustände geschaffen sind, welche statt Abhilfe vorhandener Uebelstände und Anbahnung einer gesunden Neubelebung des Handwerks zu bringen, in bedenklicher Weise soziale Gefahren heraufbeschwören, indem sie unberechtigten Ansprüchen einer trassen Interessen-Wirtschaft Vorschub leisten, das Rechtsbewußtsein verwirren, zugleich auch den Handwerker von denjenigen Aufgaben ablenken, auf deren glücklicher Lösung das Fortbestehen zahlreicher Zweige des Handwerks beruht.“

Zur Begründung dieser Behauptung wird u. A. gesagt:

„Die hiesige Baugewerks-Innung ist mit rücksichtsloser Schroffheit gegen bewährte Gewerkschaftsgenossen vorgegangen, um denselben das Halten von Lehrlingen unmöglich zu machen. Einzelne tonangebende Mitglieder dieser Baugewerks-Innung halten — Duzende — von Lehrlingen, nicht im Verhältnis zur Zahl der Gesellen, um deren Ausbildung sie sich bei dem Umfange ihres Geschäftes notorisch weit weniger bekümmern, als die in der Ausbildung tüchtiger Gesellen und Lehrlinge bewährten älteren Gewerkschaftsgenossen, welche der jetzigen Innung nicht beigetreten sind, also Lehrlinge nicht weiter annehmen dürfen.“

„In zahlreichen Innungen sind Elemente bevorrechteter „Innungsmeister“ geworden, welche weder Gesellen- noch Meisterprüfung abgelegt, oftmals nicht einmal ihre Lehrzeit ordnungsmäßig ausgehalten haben, während gerade alte geprüfte Meister den neuen Innungen fern bleiben.“

„Daß unter solchen Umständen auf eine „bessere“ Ausbildung der Lehrlinge nicht zu rechnen ist, daß vielmehr das mehrerwähnte Privilegium der durch den materiellen Nutzen der Lehrlingswirtschaft den Innungen zugetriebenen Handwerker auf Kosten der Nichtinnungsmitglieder vielfach zum Schaden der Lehrlinge ausgeübt wird, liegt klar zu Tage.“

„Unausbleibliche Folge dieser Innungswirtschaft muß sein, daß das Proletariat in den Handwerkerkreisen mehr und mehr überhand nimmt und der tüchtige Gesellenstand ausstirbt.“

„Die „Innungsfachschulen“, welche in wesenloser Schein-Existenz und zu dem ausgesprochenen Zweck vegetieren, die Privilegien der Paragraphen 100e und 100f zu sichern, können bei ihrer traurigen Verfassung auch nicht entfernt die Anleitung ersehen, welche die jahrelange gewissenhafte Unterweisung eines tüchtigen Lehrherrn in beständigem Verkehr mit dem Lehrlinge bieten mußte. Es liegen Fälle vor, in welchen neben der Innungsfachschule auch Fachschulen freier Vereinigungen bestehen. Letztere sind zahlreich besucht, erstere nicht.“

„In nothgedrungener Abwehr gegen die Hochstultigkeit neuer erorbitanter Forderungen an die Gesetzgebung, wie solche neuerdings wieder von dem „Allgemeinen deutschen Handwerkerbunde“ in's Auge gefaßt und in den Verhandlungen des zweiten deutschen Innungstages in erschreckendem Egoismus zu Tage getreten sind, richten wir an einen hohen Reichstag die ergebene Bitte, der künstlich genährten Agitation der „Innungsbewegung“ weitere Konzessionen nicht zu machen.“

Jeden maßregeln, der dabei betroffen wurde, ja sogar Arbeiterinnen traf dieses Loos, welche gesehen wurden, als sie beim Streikfahnen Gelder ablieferten. Diejenigen, welche sich erlaubten, in den Versammlungen zu sprechen, wurden ebenfalls auf's Pflaster gemorren. Die Fabrikanten hatten den Beschluß gefaßt, falls die Firma Cohn keine anderen Arbeitskräfte erhalten sollte, aus ihren Fabriken Leute abzukommandieren, damit der Betrieb wieder aufgenommen werden könne. In einer Fabrik wurde den Arbeitern das Anstehen gestellt, sofort aus der Arbeiterorganisation auszutreten, über diesen Austritt eine schriftliche Bescheinigung beizubringen und dieselbe von der Polizei unterstempeln zu lassen. Die Fabrikanten aller Branchen in Lindenwalde gehören einer Verbindung an, diese Verbindung hat den Beschluß gefaßt, ihren Arbeitern verschiedenfarbige Entlassungszeugnisse auszustellen, damit sie die Bude, von den Schafen unterhalten können. Wer ein weißes Zeugnis erhält, bekommt nirgends Arbeit; erhält er aber ein rothes, so ist er nicht mehr in der Lage, irgend eine Arbeit zu bekommen. Sollte man in einem Rechtsstaate eine solche Paschawirtschaft für möglich halten?

Die Firma D. Cohn hat sich einen Theil Arbeitskräfte zu verschaffen gewußt, d. h. von auswärts; da dieselben nirgends Wohnung erhalten, hat man sie in der Fabrik auf dem Wollboden einquartirt!

Die Streikenden haben folgenden Aufruf erlassen:

Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 22. Oktober cr. brach infolge Maßregelungen und Lohnreduzierungen ein Streik der in der „Mechanischen Wollfilzfabrik von D. Cohn & Amendt zu Lindenwalde“ beschäftigten Futarbeiter und Arbeiterinnen aus. Es wurde nun von Seiten der Lohn-Kommission das Möglichste gethan, um die billigen Forderungen, welche wir stellen, durchzusetzen, um auf diese Weise den Streik beizulegen, jedweder Versuch scheiterte aber. Infolgedessen haben sich sämtliche Futarbeiter und Arbeiterinnen zu Lindenwalde genöthigt, uns ihren Beistand zur Erlangung eines Sieges zu gewähren, und zwar wurde am 24. November cr. in einer von über 1000 Arbeitern und Arbeiterinnen obiger Branche besuchten Versammlung der Generalstreik proklamirt.

Da nun dadurch ca. 800 Personen im Ausstand liegen, so appelliren wir an das Solidaritätsgefühl sämtlicher deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen und bitten, nach besten Kräften uns zu unterstützen und dadurch zum Siege zu verhelfen.

Lindenwalde, den 25. November 1889.

Das Streik-Komitee. Gelder und Zuschriften sind zu senden an W. E. i. n. i. u. s. und H. B. a. h. („Schwarzer Adler“).

Bermischtes.

Der Waldbreichtum Europas. Nach einer von dem „Handelsm.“ dem „Journal des Champs de Commerce“ entnommenen, auf offiziellen Daten beruhenden Darstellung stellt sich der Waldbreichtum der einzelnen Länder Europas folgendermaßen:

Table with 3 columns: Land, Waldungen in Millionen Hektaren, In Proz. der gesammten Waldungen in Millionen Hektaren, Oberfläche des Landes. Includes Germany (13,900), England (1,261), Austria (9,777), Belgium (4,499), Denmark (0,190), Spain (5,484), France (9,389), Greece (0,850), Holland (0,230), Hungary (9,168), Italy (3,656), Norway (7,806), Portugal (0,471), Rumania (2,000), Russia (200,000), Serbia (0,969), Switzerland (0,781), Sweden (19,569).

Die Länder Europas kann man nach Waldbreichtum in zwei Gruppen theilen: 1. Die Länder, in welchen die Erzeugung hinter dem Bedarf zurückbleibt, sind: Frankreich, England, Belgien, Holland, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Dänemark. 2. Die Länder, in welchen die Erzeugung dem Bedarf vollständig genügt oder ihn sogar übersteigt, sind: das europäische Rußland, Schweden, Norwegen, Oesterreich, Ungarn, Deutschland, Schweiz. In Frankreich speziell gehören von den Waldungen dem Staate 997,768 ha, den Gemeinden und öffentlichen Korporationen 1,959,748 ha; weitaus der größte Theil, 6,500,000 ha, befindet sich im Besiz von Privaten. Die Vertheilung des Waldlandes unter diese drei Kategorien von Eigenthümern hat in den letzten 100 Jahren nicht wesentlich geschwankt; so betrug z. B. der in privaten Händen befindliche Waldbesiz im Jahre 1781 6,000,000 ha, im Jahre 1803 5,738,080 ha, im Jahre 1844 4,707,000 ha, im Jahre 1850 5,768,000 ha. Die staatliche Forstverwaltung charakterisirt sich durch eine konstante Vergrößerung der Ausgaben, welche durch die Vertheuerung der Handarbeit erklärt wird, bei gleichzeitiger Verminderung der Einnahmen, welche aus den ungünstigen Konkurrenzverhältnissen abgeleitet wird.

Gefrorene Fenster Scheiben sofort klar zu machen. Dies gelingt, wenn man etwa eine Hand voll Kochsalz oder Alaun in einem halben Liter warmen Wassers auflöst und mittelst eines großen Borstenpinsels

die gefrorenen Scheiben mit der Flüssigkeit bestricht. Das Eis verschwindet sofort. Bei sehr heftigem Froste sogleich abzutrocknen.

Technisches.

Eine neue Erfindung in Bezug auf Möbelbeschläge hat nach dem „Holz“ der Schreinermeister Th. Haas in Brig (Wallis) gemacht. Es ist das ein automatischer Niegel für doppelthürige Schränke. Die schweizerische Patentschrift Nr. 1152 zeigt, wie beim Justoßen der einen oder Verschlusschüre jeweils auch die zweite von der ersten gefasste Thüre ihre Niegel in die Verschlussstellung gepreßt erhält, während dieselben beim Oeffnen der Schloßthüre durch Federkraft wiederum außer Einriegelung gelangen.

Selbstthätiger Sägenschränk-Apparat. D. R. P. Nr. 46345. (Mittheilung des Patentbureaus von Richard Lüders in Götting.) Der selbstthätige Sägenschränk-Apparat kann von allen Holzarbeitern freudig begrüßt werden, da er eine Arbeit, welche bisher große Geschicklichkeit und Zeitaufwand erforderte, durch einfaches Drehen an einer Kurbel etwa 15-20 mal schneller und mit mathematischer Genauigkeit ausführt. Wie sehr der leichte und gleichmäßige Gang einer Säge und die Sauberkeit und Glätte der Schnittfläche durch eine solche genau gleichmäßige Schränkung gewinnen muß, ist jedem Fachmanne bekannt. Ein besonders vortheilhaftes Merkmal des vorliegenden Apparates gegenüber allen Schränkborrichtungen ist, daß er die Zähne nicht durch Stößel quetscht, sondern durch eigenartig in Kurvenführungen bewegte Stahlböden sanft umlegt, was für die Haltbarkeit der Säge von hohem Werth ist. Um das Verziehen oder Verbeulen des Sägeblattes zu verhindern, spannt der Apparat vor der Schränkung das Blatt selbstthätig fest, dadurch ist man in der Lage, Schweißsägen von 5 Millimeter Breite ganz genau zu schränken, eine Leistung, die von irgend einem anderen System bisher noch nicht erreicht worden ist. Der künstliche Apparat ist für Sägeblätter von 5 bis 65 Millimeter Breite für alle Zahnformen, sowohl für Bandsägen als auch für Handsägen, ohne Weite's brauchbar. Natürlich lassen sich breitere Sägen auf entsprechend größer hergestellten Apparaten ebenfalls schränken. Die größere oder kleinere Schränkung wird durch eine Schraube mit feinem Gewinde genau regulirt.

Literarisches.

Die schon im Inserattheil d. Bl. angezeigte, im Verlag von J. N. W. Diez in Stuttgart erschienene, von Max Regal ausgewählte und D. E. Lau illustrierte Gedichtsammlung: „Lichtstrahlen der Poesie“ präsentirt sich als ein von Außen wie Innen gleich prächtiges Buch, d. h. seine äußerst elegante äußere Ausstattung stellt sich seinem wirklich gediegenen Inhalt würdig zur Seite. Der 320 Seiten starke Prachtband birgt die besten Dichtungen der deutschen lyrischen Poesie, von denen 68 mit lauberen Original-Illustrationen geschmückt sind. Ohne zu übertreiben, dürfen wir sagen, daß nicht nur uns keine bessere Gedichtsammlung bekannt ist, sondern daß die „Lichtstrahlen der Poesie“ in ihrer Art wohl das Beste sein dürften, was die deutsche Literatur auf diesem Gebiete bis jetzt aufzuweisen hat. Um unter der ungeheuren Masse, den unzählbaren Regionen auch guter lyrischer Gedichte, welche das „Volk der Dichter“ hervorgebracht hat, das Beste auszuwählen, dazu genügt es noch nicht, daß der Auswählende auf diesem Gebiete vollständig „zu Hause“ ist, was aber unbedingt nöthig, auch eine „poetische Ader“ reicht noch nicht hin, nein, wer eine solche Gedichtsammlung zusammenstellen will, muß selbst ein Dichter und zwar ein wirklicher, ganzer Dichter sein, wie das bei Dem, der die „Lichtstrahlen der Poesie“ zusammengestellt hat, auch in der That der Fall ist. Daß Max Regal Anspruch auf den Namen eines wirklichen Dichters machen darf, beweisen die mit in die vorliegende Sammlung aufgenommenen beiden Kinder seiner Muse: „Bergmanns Loos“ und „Pflingten“. Mit diesen beiden Gedichten darf Regal seine Leber getrost neben die der namhaftesten Lyriker der Gegenwart stellen, ohne befürchten zu müssen, von deren Klang überhöht zu werden.

Alles in Allem genommen, können wir die „Lichtstrahlen der Poesie“ nur auf's Wärmste empfehlen. Zu Geschenken beim bevorstehenden Weihnachtsfest ist es ganz besonders geeignet, für die heranwachsende Jugend beiderlei Geschlechts sowohl, wie auch für Erwachsene. Namentlich die unverheiratheten, jüngeren Kollegen, von denen vielleicht Manchem die Frage Kopfschmerzen macht, was er dem Liebchen zu Weihnachten schenken soll, möchten wir auf dieses Buch aufmerksam gemacht haben. Sein Preis von M. 3.50 muß bei seinem wirklich gediegenen Werthe ein sehr mäßiger genannt werden.

Von der „Neuen Zeit“, Stuttgart, Verlag von J. N. W. Diez, ist soeben das 12. Heft des 7. Jahrgangs erschienen.

Inhalt: A b h a n d l u n g e n: Geschichte und Ehrezeit bei den Bantas und Redshangs auf Sumatra. Von H. C. — Die Vertheilung der Bevölkerung nach dem Geschlecht. — Die jährliche Fabrikinspektion im Jahre 1888. Von A. B. — Das Gefängnisleben der russischen Revolutionäre. Von George Kennan. — Ueber die Entstehung der Kontinente und der Gebirge. Von Oswald Köhler. — Literarisches Rundschau. Gerhard Hauptmann, Vor Sonnenaufgang.

Briefkasten

Düsseldorf, L. Was verstehen Sie unter „Winkelsagen zum Schlagschneiden?“ Meinen Sie damit schmale Schweiffagen, die zu diesem Zweck gewöhnlich benutzt werden? Solche erhalten Sie bei jedem Eisenkrämer.

Reuhausen, Ph. S. Bis jetzt hat die Ortsverwaltung zu Lampertheim das Pflichtexemplar allerdings gratis bezogen, indem sie einfach nichts dafür bezahlt hat. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß das Pflichtexemplar auch zugleich Freieemplar war. Die dortige Ortsverwaltung schuldet uns vielmehr dafür M. 6.90. Daß für das Pflichtexemplar überhaupt nichts zu bezahlen sei, haben wohl die Lampertheimer ebenso wenig geglaubt, als die Ortsbeamten der verschiedenen anderen Verwaltungsstellen, welche auch nichts bezahlen, indem sie sich auf den famosen Standpunkt stellen, die Kostenbekanntmachungen müssen ihnen doch zugestellt werden, ob sie die Zeitung bezahlen oder nicht. Das ist nun allerdings der Fall. Die Bekanntmachungen des Vorstandes müssen den Verwaltungsstellen zugestellt werden, aber auch weiter nichts, und von Neujahr werden diejenigen Ortsverwaltungen, welche sich nicht schämen, die Zeitung umsonst zu verlangen, auch nur die Bekanntmachungen erhalten. Es werden künftig von dem Schriftsag der Bekanntmachungen in der Druckerei separate Abzüge hergestellt und denjenigen örtlichen Verwaltungen zugesandt werden, die für die Zeitung nichts bezahlen wollen. Und wenn die Lampertheimer nicht bezahlen, bekommen sie auch keine Zeitung mehr.

Lübeck, F. Für Jm. M. 1.05 erhalten. Saalfeld, A. L. Ein Buch über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung und der gewerkschaftlichen Organisationen existiert noch nicht. Es erfordert darum auch für solche, welche sich erst neuerdings der Bewegung angeschlossen und sich auf diesem Gebiete genau informieren wollen, viel Zeit und Mühe. Das beste Material zu diesem Studium liefern die älteren Jahrgänge der verschiedenen Gewerkschafts- wie sonstigen Arbeiterblätter. Zu Frage 2: Bis auf 2 oder 3 An. kann Gewerkschaften nachgefordert werden. Preis bis zum Schluß d. J. M. 1.50.

München, Anonymus. Wir haben schon wiederholt an dieser Stelle erklärt, daß wir Bekanntmachungen über verhängte Sperren oder Warnungen vor bestimmten Werkstellen nur dann veröffentlichen, wenn entweder die örtliche Organisation oder eine öffentliche Versammlung darüber Beschluß gefaßt hat. Anonyme Zuschriften werden überhaupt nicht veröffentlicht.

W. S. 100. Vertrag erhalten. Als Antwort auf ihre Frage wollen Sie die in voriger Nr. unter Frankfurt a. D. enthaltene Briefkastennotiz nachlesen.

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter Deutschlands. (E. S.)

Den Ortsverwaltungen diene zur Nachricht, daß die Verendung der Formulare zur Aufstellung der Abrechnung des vierten Quartals 1889 gleichzeitig mit der gedruckten Abrechnung des dritten Quartals erfolgt und zwar vor den Weihnachtsferien, damit die Kassier rechtzeitig mit Aufstellung der Abrechnung beginnen können. Wir bemerken schon jetzt, daß namentlich die Bevollmächtigten darauf zu achten haben, daß diese Abrechnung unter allen Umständen rechtzeitig an uns eingekandt wird, damit wir — den Vorschriften des Gesetzes gemäß — die Jahresrechnung rechtzeitig fertigstellen können.

Alle überflüssigen Gelder müssen vor dem 30. Dezbr. an die Hauptkasse eingekandt werden, ebenso müssen alle Schecks am 31. Dezbr. für das vierte Quartal vor dem 30. Dezember in unsere Hände sein. Alle wäher (also nach dem 30. Dezember) eingehenden Gelder, sowie geforderte Zuschüsse, werden für das 1. Quartal 1890 in Rechnung gestellt.

Wir sehen uns genöthigt, nochmals darauf aufmerksam zu machen, daß bei allen Geldsendungen an die Hauptkasse auf dem Abschnitt der Postanweisung unbedingt angegeben werden muß:

- 1. der Name der örtlichen Verwaltungsstell.;
2. der Name des Absenders;
3. für welche Kasse oder für welchen Zweck die verzeichnete Summe gekandt werden soll.

Durch Unterlassung dieser Vorschriften sind öfters unheimliche Irrthümer entstanden, welche Arbeit und Kosten verursacht haben, deshalb eruchen wir dringend, diese Vorschriften zu beachten.

Zuschüsse erhielten in der Zeit vom 15. November bis zum 3. Dezember 1889 folgende Orte: Bierheim M. 100, Dornweddingen 50, Eichenheim 50, Aken 100, Gersberg 100, Barchard 100, Nied 160, Burg bei Magdeburg 50, Karchardt 50, Jertlohn 200, Kerschb. 100, Magdeburg 100, Schmiedefeld 100, Jütersgehöfen 60, Haffern 100, Rosow 50, Wänden a. D. 50, Al-Kropfenburg 40, Jandau 100, Falkenberg 40, Bielefeld 150, Rosendorf 100, Breitenbach 100, Riets 75, Jagdowheim 50, Sudlingen 100, Alzenau 75, Barmalingen 50, Hermsleben 50, Kappel 200, Landau 150, Martensroda 20, Künzelsau 15, Reppner 20, Wolfshagen 150, Schillinghausen 100, Bredenroth 100, Lippoldshausen 75, Langenberg 50, Sülzer 50, Erlangen 300, Kallch 150.

Gaan 100, Elmshorn 70, Weitzhöchheim 100, Rüppur 50. Summa M. 4330.

Krankengeld durch die Hauptkasse erhielten ferner: Mast-Bennungen M. 34, Schröder-Fürstenberg 19.83, Gollmar-Förstel 14.10, Felsch-Dülken 17, Rabenberg-Beed 28.50, Rindsmüller-Landsbut 34, Röttig-Hachenburg 14.33, Maul-Nöbelheim 42, Klez-Widawh 40, Mette-Linden 18.60, Lautenschläger-Unteröwisheim 16.33, Schneider-Ganth 19.33, Villian-Wiefenbach 28, Bach-Karbach 64.07, Trosch-Paproy 7, Schwarzen-Breeß (S 16) 1, Mevissen-Eulingen 17.10, Sinkenbring-Grevesmühlen 12.40, Reithmeier-Reichenhall 31, Hahn-Kapdorf 31, Beder-Walchin 14, Hamann-Schilbau 28, Gommel-Gemmingen 28, Müller-St. Johann 12.40, Hoffmeister-Hamburg (Sterbegeld) 78.75, Hundertmark-Kauschen 33.33, Jänichen-Neuzelle 28, Fessel-Himbergen 28, Schlewing-Stodum 28, Liedt-Anclam 28, Schedt-bauer-Miltach 10.33, Schmisch-Dorfmark (inkl. Sterbegeld) 81.37, Moll-Abamswalbe 17.50, Biehl-Kieg 38, Gilgen-Bejel 42, Thüm-Schönebeck 12.40, Jakobus-Altkloster 39.66, Lommahsch-Gaithain 28, Regel-Ober-Beilau 14, Borghardt-Breeß 24.80, Weis-Heitstedt 14, Hesser-Hochdorf 24, Moll-Kirchsteinbeck 5.33, Geig-Haig 28, Traut und Steiger-Camberg je 28, Klug-Nöbelheim 28, Heinemann-Weiderich 28, Rindahl-Barmstedt (S 16) 10.20, Fürste-Küthen 14, Karlau-Kollmar 24, Groth-Walchin 21.65, Holtmann-Bejel (Sterbegeld) 78.75, Wode-Harn 28, Lohr-Heppenheim 21, Rogels-Webburg 14, Vid-Doberan 10, Ronius-Oberemdt 14, Martens-Andreasberg 14, Lursch-Hermesdorf 12.40, Nieschalle-Neuhöfchen 21.66, Just-Schlem (S 16) 4.25, Giese-Teterow 17. Summa M. 1589.37.

Uberschüsse für Rechnung des vierten Quartals 1889 erhielten wir ferner aus: München M. 2000, Lübeck 1200, Altona 1000, Stuttgart 1341.77, Hamburg I 800, Hamburg II 700, Hamburg IV 600, Hamburg V 600, Ottenen 600, Hamburg III 400, Berlin B 400, Berlin G 400, Kassel 400, Dresden A 400, Braunschweig 400, Bremen 400, Kiel 400, Nürnberg 300, Mundenheim 300, Halle 300, Karlsruhe 300, Budenheim 250, Düsseldorf 250, Oberad 200, Würzburg 200, Darmstadt 200, Striegau 200, Grabow 200, Hanau 200, Wilhelmshurg 200, Hochstadt 170, Schweinau 150, Nedarau 150, Gera 150, Augsburg 150, Cannstatt 150, Schleißig 120, Lindenthal 120, Hochheim 120, Kofheim 100, Hildesheim 100, Celle 100, Wanebach 100, Löhtau 100, Michajenburg 100, Cotta 100, Ohlau 100, Regensburg 100, Waldau 100, Connewitz 90, Löbau 90, Freiberg i. S. 80, Schönau b. S. 80, Pinneberg 80, Strehlen 80, Pieschen 78, Landsberg 75, Bählig-Ehrenberg 75, Wittenberg 70, Brud b. Erlangen 70, Ohligs 50, Boithang 50, Friedrichroda 40, Gräfenhausen 20, Kirn 15. Summa M. 18464.77.

W. Gramm. L. Jacobs.

Invalidentonds.

Die Luitung über diesen Fonds erfolgt in Nr. 51 dieser Zeitung. Wir machen nochmals aufmerksam auf die Bekanntmachung für die Invaliden in Nr. 47 dieser Zeitung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse aller Arbeiter Deutschlands. (Zuschuß-Kasse.)

Bekanntmachung des Vorstandes.

In den nächsten Tagen werden die Formulare zur Aufstellung der Abrechnung verandt werden; die einfachen Formulare genügen für solche Verwaltungsstellen, welche nicht über 30 Mitglieder zählen; da der Vorstand zur Zeit aber noch nicht im Besitze eines Verzeichnisses über die Höhe der Mitgliederzahl sich befindet, eruchen wir diejenigen Verwaltungsstellen, welche mehr als 30 Mitglieder haben, uns umgehend davon Mittheilung zugehen zu lassen, damit wir dementsprechend denselben Abrechnungformulare zustellen können.

Gleichzeitig sehen wir uns genöthigt, diejenigen Verwaltungsstellen, welche die Wahl der Ortsverwaltung noch nicht vorgenommen haben, aufzufordern, dieses in nächster Zeit zu thun und uns die entsprechende Mittheilung zugehen zu lassen.

Auch erinnern wir nochmals daran, daß die Resultate der Abgeordnetenwahlen zu der am 12. Januar 1890 stattfindenden Generalversammlung spätestens am 17. Dezember bei uns eingekandt sein müssen, widrigenfalls dieselben bei der Zusammenstellung nicht berückichtigt werden.

Der Vorstand.

J. A. A. Pfeiffer. Ed. Spethmann.

Bekanntmachung des Hauptkassiers.

In der Zeit vom 19. bis 30. November sandten ein: Koll M. 20, Selterhausen 35, Augsburg 15, Würzburg 40, Hagen i. W. 16.50, Mundenheim 18, Königsberg 30, Göttingen 25, Nürnberg 50, Wehringhausen 50, Burg 30, Dahlhausen 31.60, Hagloch 10, Berlin F 50, Bielefeld 24, Grabow 10, Berlin E 30, Neue Neustadt 20, Hamburg IV 50, Gundersdorf 30, Ihndt 15, Schmöln 10. Summa M. 625.10.

Zuschüsse von der Hauptkasse erhielten: Dietesheim M. 40, Landau 20. Summa M. 60.

Krankengeld durch die Hauptkasse erhielten: Kresschmar-Saalfeld M. 19.50, Märzke-Bredow 8. Summa M. 27.50.

Berichtigung. Die in Nr. 41 als von Mülheim a. Rh. eingekandt aufgeführten M. 35 sind nicht von dort, sondern von Mülheim a. d. Ruhr gekandt. E. Spethmann.

Zentral-Streikkommission.

Vom 12. bis 30. November gingen an Unterstützungs-geldern bei uns ein: Göttingen (W.) M. 8.05, Hanau (S.) 20, Wittweida (R.) 11, Grabow (Sch.) 8.20, Braunschweig (W.) 80, Altona (L.) 100, Wandsbeck (R.) 100, (Sch.) 50, Köln a. Rh. (P.) 8, Remscheid (R.) 8.25, Kiel (P.) 50, (W.) 24.95, Hagen (S.) 32, Witten (S.) 11.65, Hannover (St.) 2, Oldenburg (W.) 20, Magdeburg (L.) 62.50, Leipzig-Neudnitz (M.) 58, Chemnitz (S.) 9, Arnstadt (R.) 3, Friedrichsberg (Sch.) 10. Summa M. 676.60.

Nach uns gewordener Mittheilung, hat ein Theil der Arbeiter von Zeitter & Winkelmann in Braunschweig (30 Mann) hinter dem Rücken der übrigen Arbeiter mit dem Geschäftsführer Abmachung getroffen, daß sie, die Abtrünnigen, um billigeren Preis arbeiten wollen. Hierdurch wäre die Firma in den Stand gesetzt worden, den allerdringenden Anforderungen zu genügen und war somit die Niederlage der Arbeiter bei event. Streik voraus-zusehen. Die Arbeiter haben deshalb die Kündigung zurückgenommen. Mit kollegialischem Gruß und Handschlag Carl Klotz.

Anzeigen.

Adressen von Zahlstellen des Deutschen Tischlerverbandes und von Tischler-Fachvereinen. Spremberg. Bevollmächtigter: C. Poppit, Herberge und Reiseunterstützung bei D. Fiebel, Schulgasse 1. Hildesheim. Bevollmächtigter: Robert Keller, Langerhagen 1663. Herberge bei Gastwirth Pape, Schuhstraße.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse aller Arbeiter Deutschlands.

An die Mitglieder der 2. Wahlabtheilung. Die Mitglieder der örtlichen Verwaltungsstellen Berlin haben in einer gemeinschaftlichen Versammlung beschlossen, die Mitglieder Heinrich Kröske und Wilhelm Geiling in Berlin als Abgeordnete der 2. Wahlabtheilung für die erste Generalversammlung zu empfehlen.

Fachverein der Tischler und verw. Berufsgenossen zu Schwège.

Alle reisenden Kollegen erhalten freies Nachtlager und Reiseunterstützung bei Joh. Popp, Wallgasse 20.

Wichtig für Feuerwehren, Fabriken, Brauereien, Gutsverwaltungen, wie für jeden sonstigen Hausbesitzer ist die Neue Müller'sche Feuerlöschmasse, in Ernstfällen sich bereits mehrfach bestens bewährt und auf der Berliner Ausstellung für Unfallverhütung vor Fach-Autoritäten mit vollem Erfolge geprüft. Broschüre über dieses hervorragende Löschmittel und seine Anwendung gratis und franko durch Gg. Müller, Feuerlöschmasse-Fabrikant, Kaufbeuren, Bayern.

Bautischlermeister

empfehle ich meine soeben vollendete Arbeit: Moderne Entwürfe für die Bautischlerei.

20 Tafeln M. 8; 30 Tafeln, als abgeschlossenes Werk, M. 11. Hierzu die sorgfältig bearbeiteten Kosten-Voranschläge M. 1.

Offerten-Material für die Möbelschlerei.

Zweite verbesserte Auflage, 11 komplette verschiedene Zimmer-einrichtungen, Maßstab 1:10 32 Blatt, M. 8. Kostenaufschläge hierzu, spezifizirt für jedes einzelne Stück, zu 108 Möbeln, M. 1.50.

Werkzeichnungen, zum Zuschneiden angefertigt, das halbe Möbel in Naturgröße, sowie auch die nothwendigen Details zu meinen Entwürfen für die Bautischlerei, auf gutem Detailpapier (Handarbeit) liefere ich auf Wunsch sehr rasch allen Inhabern meiner Werke, für jeden Ent-wurf im Einzelnen, laut Preis-Kourant.

Ernst Rettelbusch, Techniker und Tischler. Zeichen-Bureau für Bau- und Möbelschlerei. Nürnberg, Wielandstraße 17.

Hobelbänke (Spezialität)

liefert in allen Größen zum Preise von M. 36 gegen Einwendung oder Nachnahme Philipp Zell in Kaiserlautern (Pfalz).

